

Woffische



Zeitung

Bezeichnet

1794

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen. Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Lehmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale: Ullstein & Co. Marktplat. II 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Berufung der Fraktionsführer nach Berlin.

Besprechungen über die Danziger Frage

Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung ausführlich der Forderungen des Marschalls Foch nach neuen Verhandlungen in der Danziger Frage beschlossen, die Fraktionsführer der Nationalversammlung auf Mittwoch, den 2. April, nach Berlin zu bitten. Sie sollen ebenso wie bei den bisherigen Schritten in den Waffenstillstandsverhandlungen zu den Beratungen hinzugezogen werden, damit die engste Übereinstimmung zwischen Kabinett und Parteien gewährleistet wird.

Paris, 30. März. (B. L. B.)

Der „Temps“ schreibt: Die alliierten und assoziierten Regierungen scheinen den Entschluß gefaßt zu haben, über die deutschen Einsprüche zur Tagesordnung überzugehen und nötigenfalls die Vondung der polnischen Truppen in Danzig mit Gewalt durchzuführen. Immerhin würde dieses Vorgehen in ihrer Auffassung nicht notwendig eine Vereinigung Danzigs mit Polen in sich schließen. Hinsichtlich der Frage der polnischen Grenze scheinen die Alliierten dazu zu neigen, Furcht um Danzig einen neutralen Staat zu schaffen, um eine Vereinigung dieses Landes der Küste sowohl mit Deutschland wie mit Polen zu vermeiden.

Der „Petit Parisien“ bemerkt zur Danziger Frage, daß die deutsche Regierung wieder die Haltung annehme, durch die sie den Abbruch der polnischen Verhandlungen bewirkt hätte. Das Blatt weist darauf hin, daß General Rubant diesmal mit Aufhebung des Waffenstillstandes drohe, und fügt hinzu, daß der Rat der Vier binnen kurzem seinen Entschluß fassen und veröffentlichen werde.

Nach dem „Matin“ wäre die Ausdehnung von General Sings Befugnissen auf das polnische Meer ins Auge gefaßt, um eine Front mit einheitlichem Oberbefehl von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere zu bilden.

Dagegen meldet Reuters, daß General Henrys Frankreich verläßt, um in Polen den Oberbefehl zu übernehmen. (Bei dieser Gelegenheit bezeichnet Reuters die polnischen Truppen als „die Heere unseres Verbündeten“.)

Amsterdam, 30. März.

Die englische Arbeiterwochenchrift „The Herald“ vom 29. März schreibt: Danzig bleibt noch immer der Schlüssel zur Lage. Wenn Danzig den Polen gegeben wird, wird Deutschland den Frieden nicht unterzeichnen, und es wird in Mitteleuropa auf unbestimmte Zeit ein chaotischer Zustand herrschen. Die Reaktionäre und Imperialisten in ganz Europa mögen noch so sehr über die bolschewistische Gefahr klagen, die Rettung Ungarns von der Schredensherrschaft, die Befreiung der Zivilisation predigen, und einen großen Vernichtungsfeldzug gegen das Sowjet-System fordern, der Zehnererrat möge „Schritte tun“, Pläne entwerfen und sich über Maßregeln einigen, schließlich werden doch die Arbeiter entscheiden müssen. Werden sie zugeben, daß sie noch einmal unter die Waffen gerufen werden? Werden sie sich dazu hergeben, sich zu Tausenden umbringen zu lassen, damit Danzig eine polnische Stadt und eine Basis der Alliierten gegen die Poltschewisten wird? Oder werden sie sich ein für alle Mal für die Selbstbestimmung, gegen Annexion und Plünderung und für den Frieden in Europa erklären? An anderer Stelle schreibt das Blatt: Bei den Alliierten dümmert jetzt endlich die Erkenntnis auf, daß sie bei dem Wiederaufbau Europas die Hilfe Deutschlands nötig haben.

Der Pariser Korrespondent des „Herald“ berichtet, er sei in der Lage mitzutheilen, daß Lloyd George weder für die Losrennung von fast zwei Millionen Deutschen von ihrem Vaterlande ist, um den Polen einen Korridor zur See zu verschaffen, noch für die Annexion des Saarbeckens. Lloyd George, schreibt der Korrespondent, sei sich völlig bewußt, daß das Saarbecken mehr deutsch ist, als Großbritannien kritisch, und daß die Auslieferung an die Franzosen den vollständigen Verzicht auf die ausgesprochenen Ideale der Alliierten bedeuten würde.

Der liberale „Manchester Guardian“ schreibt: Die Erfahrung zeigt, daß ungerechte Gebietsregelungen letzten Endes demjenigen, von dem sie ausgehen, weder Schutz noch Nutzen bringen. Die deutsche Republik der Zukunft wird, wenn sie gerecht und mit Mäßigkeit behandelt wird, noch ein friedliches und vornehmendes Mitglied der europäischen Staatenfamilie werden. Wir sollten es uns doppelt und dreifach überlegen, ob wir eine solche Entwicklung unmöglich machen sollten.

Der Pariser Korrespondent der „Kauantischen Morning Post“ schreibt enttäuscht: Der Biererrat ist augenblicklich nicht damit beschäftigt, Deutschland einen Frieden aufzuerlegen, sondern

über die Bedingungen mit Deutschland zu verhandeln. Es hat 4 1/2 Jahre Blut getostet, um den Sieg zu erringen und 4 1/2 Monate Verhandlungen haben genügt, um die Früchte des Sieges wieder zunichte zu machen.

Die Friedensvorbesprechungen.

Beratung der Ausführfragen.

Wie die „D. Z.“ am Mittwoch berichtet, ist heute vormittag 10 Uhr im Konferenzsaal der deutschen Waffenstillstandskommission unter dem Vorsitz des Reichsministers Erzberger eine Beratung über Ausführfragen im Zusammenhange mit der Lebensmittelfrage eröffnet worden. Die Erörterung gilt im besonderen den letzten beiden in Spa übergebenen Ententenozen, von denen die eine die von uns verlangte Sperreliste, die andere die teilweise Einschränkung der schwarzen Listen enthält, sowie den Valutaforderungen. An der Konferenz nehmen die Vertreter aller beteiligten Ressorts sowie Sachverständige aus allen interessierten Erwerbskreisen, besonders aus den Zweigen der Holz-, Zucker-, Papier- und Kohlenindustrie teil.

Breslau, 31. März.

In einer Besprechung über Oberschlesien und die Ostfrage wurden die Provinzial-Sachverständigen in Schlesien von der Staatsregierung für den heutigen Montag nach Berlin eingeladen. Die Verhandlungen sollen eingehendes Material für die demnächst stattfindenden Friedensverhandlungen schaffen und der Staatsregierung die Möglichkeit geben, noch unberücksichtigte Wünsche kennen zu lernen.

Abreise der Finanzabordnung nach Compiègne.

Die Mitglieder der deutschen Finanzabordnung werden, wie wir hören, heute abend von Spa aus nach Compiègne abreisen.

Die Pariser Beratungen.

Drahtmeldung der „Woffischen Zeitung“.

os Rotterdam, 31. März.

Der Rat der Vier hielt am Sonnabend zwei Sitzungen ab, vormittags bei Wilson und nachmittags bei Clemenceau. Der letzten Beratung, über die wie Haras betont, das strengste Geheimnis bewahrt wird, und die fast drei Stunden dauerte, wohnten auch Foch und die Generale Pershing, Diaz und Wilson bei.

Der Ausfuß für die Verantwortlichkeiten beschloß, daß sein Bericht mit einigen Änderungen an die Friedenskonferenz geleitet werden soll.

Japans Zurückhaltung.

Drahtmeldung der „Woffischen Zeitung“.

y Bern, 30. März.

Die Abreise der japanischen Journalisten von Paris wird viel bemerkt, jedoch mehr als Demonstration betrachtet. Sie gewinnt indes erhöhte Bedeutung durch die Haltung der japanischen Vertreter auf der Konferenz. Von Anfang an hatten sich die Japaner an den Debatten der Konferenz trotz aller Versuche, sie hineinzuziehen, nicht beteiligt; sie nahmen lediglich an den Abstimmungen teil. Jetzt stehen sie völlig beiseite. Da ihre Forderung, die Gleichberechtigung aller Rassen müsse im Zusammenhang mit dem Völkerverband ausgesprochen werden, namentlich infolge des Widerspruchs der englischen Dominien ausichtslos schien, haben sie im letzten Augenblick sogar eingewilligt, daß die fertig vorliegende Klausel über die Gleichberechtigung der Rassen zurückgezogen wurde.

Den Polen fehlt es an Ehrkräften.

Drahtmeldung der „Woffischen Zeitung“.

* Thorn, 30. März.

Der oberste polnische Volksrat hat sich gezwungen gesehen, seinen Erlaß über Abhebung aller deutschen Oberlehrer und Studienassistenten auf zu heben. Der Grund ist auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß den Polen nach dem 1. April derart an Lehrkräften fehlen würde, daß der Schulbetrieb unterbrochen werden müßte.

Demokratie im eigenen Hause.

Von

Dr. Robert Kaufmann.

Wir stellen die Äußerung des geschätzten Verfassers, der selbst dem Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei angehört, zur Diskussion und behalten uns eine eigene Stellungnahme vor.

In Laufe nicht allzu ferner Zeit tritt die Konstituante der Deutsch-Demokratischen Partei, ihr erster Parteitag, zusammen. Die Einberufung muß auf Grund der „vorläufigen Satzung“ geschehen, die der im wesentlichen auf dem Weg der Selbsternennung und Zuwahl zustande gekommene Hauptvorstand der D. D. P. ihr gegeben hat. Dieses etwas undemokratische Zustandekommen der vorläufigen Satzung war bei einer neu entstandenen Partei unvermeidlich; dagegen ist nicht ganz verständlich, warum der Inhalt nicht nach den vollen Anforderungen der Demokratie gestaltet werden konnte. Hieran fehlt es aber sehr. Nach § 10 der vorläufigen Satzung geben je 2000 organisierte Parteianghörige einen Vertreter zum Parteitag. Es ist nicht bekannt geworden, wieviel organisierte Mitglieder die D. D. P. hat; man wird wohl aber nicht zu niedrig greifen, wenn man im ganzen Reich etwa eine halbe Million organisierte Mitglieder annimmt. Das gibt einen Parteitag von 250 Vertretern, was für seine wichtige Aufgabe, die Feststellung der endgültigen Satzung und die Beschlußfassung über das Parteiprogramm, zweifellos eine viel zu schmale Basis ist. Eine demokratische Partei müßte doch den größten Wert darauf legen, daß bei ihrer endgültigen Konstituierung die breitesten Kreise der tätigen Parteimitglieder die Möglichkeit zur Geltendmachung ihrer Ansichten bekommen. Dabei ist noch besonders bedenklich, daß nach dem vorläufigen Statut neben den etwa 250 gewählten Vertretern die Mitglieder der Reichstagsfraktion des Hauptvorstandes und des Geschäftsführenden Ausschusses mit gleichen Rechten wie die gewählten Mitglieder dem Parteitag angehören; da es sich dabei, auch nach Abzug der Doppelmandate, immer noch um etwa 200 Personen handeln dürfte, die durchweg nicht ad hoc und zum überwiegenden Teil überhaupt nicht gewählt sind, so ist die Gefahr sehr groß, daß diese nicht gewählten Mitglieder mit einem kleinen Teil der anderen die eigentlichen Vertreter majorisieren können, eine Möglichkeit, die man mit dem besten Willen nicht mehr demokratisch finden kann. Es muß daher im Interesse der Autorität des kommenden Parteitages und seiner Beschlüsse lebhaft gewünscht werden, daß der Hauptvorstand der D. D. P. rechtzeitig eine Veränderung der einschlägigen Vorschriften vornimmt, die sicherstellt, daß der Parteitag eine wirkliche gewählte Vertretung der Gesamtpartei wird.

Bei dieser Veränderung würde sich der Hauptvorstand zu überlegen haben, ob es richtig war, die Vertretungsbeugsnis der einzelnen Wahlkreise nur nach der Zahl ihrer organisierten Mitglieder zu bemessen. Mindestens für den ersten Parteitag erscheint mir dieser Gesichtspunkt falsch, wenn er allein angewendet wird. Die Möglichkeit zu organisieren war in den einzelnen Wahlkreisen so verschieden, daß man eine Reihe von Fällen nennen könnte, in denen die Partei zwar eine große Stimmengahl und auch eine sichere Anhängerzahl in den Massen besitzt, ohne daß sich das bis jetzt in der Zahl der organisierten Mitglieder entsprechend ausdrückt. Man wird dabei besonders an überwiegend ländliche Wahlkreise zu denken haben, während umgekehrt bei den überwiegend großstädtischen eine nicht ganz berechnete Bevölkerung eintritt. Es wird sich daher empfehlen, wenn der Hauptvorstand jetzt zu der sich aus der Zahl der organisierten Mitglieder ergebenden Vertreterzahl noch eine weitere Anzahl hinzutreten läßt, die auf Grund der für die Partei in dem betreffenden Wahlkreise abgegebenen Stimmen (etwa auf 10 000 Stimmen ein Vertreter) errechnet wird.

Man kann gegen diese Vorschläge zwei Einwendungen machen. Man kann sagen, daß der Hauptvorstand, nachdem er die ganze Baharheit auf der Grundlage der jetzt vorliegenden vorläufigen Satzung geführt hat, nicht berechtigt sei, vor dem Parteitage eine Veränderung zu treffen. Das dürfte jedoch nicht zutreffen, wenn es sich, wie hier, darum handelt, daß offenbar aus Versehen eine Regelung getroffen worden ist, die in ihrer Wirkung den Parteigrundlagen ausgesprochenen widerspricht und die Parteiinteressen zu schädigen geeignet ist. Auch formaljuristisch dürfte eine Instanz, die eine Verfassung oktroyiert hat, berechtigt sein, auch Änderungen zu oktroyieren solange nicht der Zusammentritt eines ordnungsmäßigen Vertretungskörpers eine höhere Instanz geschaffen hat. Wenn man weiter einwenden sollte, daß ein Parteitag von 1000 Personen kein arbeitsfähiges Kollegium darstellt,